

(Abgeordneter Brodauf.)

(A) nein, sie liegt so: können wir eine Kriegsschädigung erzwingen, können wir sie durch Verhandlungen erreichen? Meine politischen Freunde sind der Überzeugung mit weiten Kreisen des Volkes, daß der Krieg sich so gestaltet hat, daß keine der beiden Parteien von der anderen eine Kriegsschädigung erzwingen oder durch Verständigung erlangen wird. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, der Herr Finanzminister wird zugeben müssen, daß bei der ganzen Gestaltung, die der Krieg nun einmal genommen hat, es zum mindesten äußerst fraglich ist, ob eine Kriegsschädigung zu erlangen ist.

Hat sich denn nun der Herr Finanzminister einmal die Frage vorgelegt, wie sich die finanzielle Ordnung im Reich gestalten wird, wenn einmal ein Friede abgeschlossen wird, der eine Kriegsschädigung nicht bringt? Wir zweifeln nicht an Deutschlands Zukunft, wenn ein solcher Friede kommt; es ist kleingläubig, zu denken, daß Deutschland verelenden muß, wenn ein Friedensschluß kommt, der eine Entschädigung nicht bringt. Ich halte es für ganz unberechtigt und unverantwortlich, wenn manche dem Volke jetzt einreden, der Friede, der keine Entschädigung bringt, würde ein Verelendungsfriede sein. So liegen die Dinge nicht; wir können also auch in diesem Fall hoffnungsvoll in die Zukunft Deutschlands blicken.

(B) (Abgeordneter Dr. Böhme: Machen Sie doch einmal eine Rechnung auf!)

Aber ich frage: Hat sich denn der Herr Finanzminister nun ein Bild darüber gemacht? Glaubt er, daß sein Grundsatz: die direkten Steuern für den Einzelstaat! sich wirklich aufrechterhalten läßt? Das erscheint ganz unmöglich. Es erscheint unmöglich, die Mehrlasten, die kommen werden, allein durch Monopole und indirekte Steuern aufzubringen. Der Herr Finanzminister hat in der Ersten Kammer — ich darf das hier wohl zitieren — konstatiert, daß Deutschland vor dem Kriege mit einem Betrage von 29 M. 75 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr an indirekten Steuern wesentlich günstiger dagestanden habe als Frankreich mit einem solchen Betrage von 61 M. 57 Pf. und England mit 50 M. 73 Pf. Das mag sein. Aber wenn die Gesamtsumme der indirekten Steuern in Deutschland rund 2 Milliarden Mark im Jahre betragen hat, so würde doch die Aufbringung der künftigen Mehrlasten, die von manchen, wohl zu hoch, auf jährlich 15 Milliarden Mark angegeben werden, von anderen auf 10 Milliarden Mark, durch indirekte Steuern geradezu unmöglich erscheinen. Wenn wir 12 Milliarden annehmen, so würde das bedeuten, daß zu den jetzt erhobenen indirekten Steuern noch das Sechsfache dazu

käme, zu den rund 30 M. auf den Kopf der Bevölkerung noch 180 M. Das ist schlechterdings ein Ding der Unmöglichkeit.

(Sehr richtig!)

Das Reich muß auf direkte Steuern zukommen; wenn es selbst keine bewilligt erhält, muß es auf die Einzelstaaten zurückgreifen. Dem Steuerzahler kann es gleich sein, ob er direkte Steuern ans Reich oder an die Einzelstaaten abführt. Es werden allerdings auch die, die bisher die Politik vertreten haben, alle neuen Lasten des Reiches durch direkte Steuern aufzubringen, an diesem Grundsatz nicht festhalten können. Ich weiß nicht, wie die Haltung meiner politischen Freunde im Reichstage sich gestalten wird, aber ich halte es für unmöglich, daß sie sich auf den Standpunkt stellen können, daß alle Mehrlasten durch direkte Steuern aufgebracht werden müssen.

(Sehr richtig!)

Das ist nicht denkbar. Es wird einen Kompromiß geben müssen. Es werden direkte Steuern im Reich eingeführt werden müssen, und es wird die prinzipielle Gegnerschaft gegen die indirekte Steuer auch nicht aufrechterhalten werden können. Es werden, aber nur letzten Endes, auch Monopole in Kauf genommen werden müssen.

(Sehr richtig!)

Ich bin in diesem Grundgedanken konform mit dem, was vorhin der Herr Abgeordnete Göpfert ausgeführt hat. Die Regierung wird sich mit dem Gedanken befassen müssen, daß das Reich auch direkte Steuern bekommt, und wir müssen hier im Landtage mit Entschiedenheit verlangen, daß sie im Reich bei der künftigen Gestaltung der Verhältnisse nicht auf dem Standpunkt bleibt, den sie bisher vertreten hat, daß sie alles durch indirekte Steuern aufbringen will. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit!

(Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hähnel.

**Abgeordneter Dr. Hähnel:** Meine sehr geehrten Herren! Es war zu erwarten, daß die Äußerungen in der Hohen Ersten Kammer hier bei Gelegenheit der Aussprache über das Finanzministerium zum Anlaß einer Debatte genommen werden würden. Ich möchte doch vorausschicken, daß wir im Augenblick nicht vor einer Etatdebatte stehen, sondern daß wir eine Vorlage gemacht haben von seiten der Finanzdeputation A, die sich auf einzelne Kapitel bezieht.